

PRESSEINFORMATION

Schulfreifahrten in Gefahr: Wirtschaft fordert neues Finanzierungsmodell

Immer weniger Schüler bei gleichzeitig steigenden Auflagen und sinkenden Preisspannen sorgen vielerorts für einen Mangel an Anbietern für Schulfreifahrten. „Denn immer weniger Unternehmer sind bereit, diese unter den vorherrschenden Bedingungen durchzuführen“, warnt Sylvia Loibner, Obfrau Fachgruppe Beförderungsgewerbe. Aus diesem Grund haben die Experten der WKO ein Reformkonzept ausgearbeitet um das System der Schulfreifahrten langfristig leistbar und aufrecht zu erhalten.

Aktuell gibt es bundesweit rund 2500 PKW- oder Busunternehmen, die die Schulbusversorgung im ländlichen Raum garantieren. Fast 100.000 Schulkinder werden dank der Schulfreifahrten täglich sicher zur Schule gefahren. Doch dieser Dienst sei nun in Gefahr, warnen Sylvia Loibner, Obfrau der Fachgruppe Beförderungsgewerbe, und Peter Lackner, Geschäftsführer Sparte Transport und Verkehr in der WKO Steiermark: „Die Tarifentwicklung der letzten 20 Jahre hat dazu geführt, dass Schulbusverkehre auf Basis des Schülerbeförderungstarifes nicht einmal mehr 50 Prozent der entstehenden Kosten abdecken.“ Dadurch sei die Aufrechterhaltung der Schülerbeförderung in vielen Fällen nur noch mit idealistischen Motiven erklärbar bzw. diese hängt in zunehmendem Maße von der Zuzahlung Dritter (also von Gemeinden) ab.

Gleichzeitig sind die Lohnkosten regelmäßig deutlich höher gestiegen als der Verbraucherindex. Besonders dramatisch gestaltet sich diese Entwicklung fürs kommende Schuljahr: Bei 20-sitzigen Bussen steigen die Gesamtkosten durch die Neugestaltung des Bus-Kollektivvertrags um fast 8 Prozent, bei Schüler-Kleinbussen steigen die Gesamtkosten um 12 Prozent. „Unternehmer können nur mit einer fairen Abgeltung ihrer Leistungen überleben. Aufgrund der Rückmeldungen unserer Mitglieder müssen wir davon ausgehen, dass ohne Änderung der finanziellen Abgeltung die Schulbusversorgung im kommenden Schuljahr nicht mehr im bisherigen Ausmaß gewährleistet werden kann und damit viele Schüler auf der Straße stehen werden“, so Lackner.

Um die Schulfreifahrten weiterhin in diesem Maße anbieten zu können, werden nun Gemeindebund und Landesregierung gefordert, sich bei der Bundesregierung für eine kostendeckende Finanzierung gewerblicher Schulbusse einzusetzen. „Nur so kann vermieden werden, dass die entstehenden Zusatzkosten auf die Unternehmer abgewälzt werden“, betont Loibner. Für eine kostendeckende Finanzierung braucht es eine grundlegende Überarbeitung des Abgeltungsmodells - die bis jetzt rein kilometerbezogene Vergütung muss um eine Zeitkomponente ergänzt werden. „Außerdem müssen wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass die Schulbusversorgung im Familienlastenausgleichsfonds gesetzlich verankert wird“, betont Lackner. „Die Durchführungsrichtlinien für die Schülerbeförderung müssen dringend geändert werden“, unterstreicht Loibner.

Graz, 16. September 2019

Rückfragehinweis:

Mag. Mario Lugger
Referatsleiter Kommunikation
0316/601-652